

Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V.

Protokoll des XII. Kongresses (Mitgliederversammlung)

Ort : Kiew
Sanatorium „Puscha Ocerna“
Anwesend : Siehe Anwesenheitsliste
Beginn : 20. Mai 2004, 10.45 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Grußworte
3. Bericht des Präsidiums
4. Referate
 - a) Dr. Wanda Briedienė (Litauen)
 - b) Ewgenj Pronjuk (Ukraine)
5. Berichte und Stellungnahmen der Mitgliederverbände
6. Generaldiskussion
7. Mitgliedschaft und Neuaufnahmen
8. Satzungsänderungen
9. Verabschiedung von Resolutionen
10. Schlussansprache
11. Kranzniederlegungen

1. Begrüßung

Präsident Ewgenj (Jewgen) Pronjuk vom gastgebenden Nationalverband „Allukrainische Gesellschaft politischer Häftlinge und Repressierter“ begrüßt die erschienen Delegierten von 10 Mitgliedsverbänden. Der Tagungsablauf soll der den Mitgliedern mit Schreiben vom 25.02.2004 übersandten Einladung des Präsidenten entsprechen. Er gibt noch technische Hinweise und teilt mit, dass für den Abend des 20.05.2004 ein Empfang im Rathaus der Stadt Kiew und am 21.05.2004 Kranzniederlegungen vorgesehen sind.

2. Grußworte

entbietet der Vertreter des Stadtrates von Kiew und wünschte dem Kongress einen erfolgreichen Verlauf. Er betonte die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung für die Opfer. Es gebe kaum eine ukrainische Familie, die nicht unter der sowjetischen Gewaltherrschaft gelitten habe. Das habe man hier 1991 erkannt und gemeinsam unter Mitwirkung von Parlamentsmitgliedern und Opferbänden (besonders durch Ewgen Pronjuk) den Kampf um eine Entschädigung aufgenommen.

3. Bericht des Präsidiums

Vizepräsident Roland Bude (Deutschland) übernimmt nunmehr die Sitzungsleitung.

Er erläutert noch die Ereignisse der vergangenen Nacht, in welcher unserem Präsidenten Jure Knezovic Schwierigkeiten bei der Einreise in die Ukraine gemacht wurden, und er daher wieder zurückgefliegen ist.

Er stellte fest, dass 10 nationale Mitgliedsverbände anwesend sind und der Kongress daher beschlussfähig ist. Auch sei die Einladung (am 25.02.2004) form- und fristgerecht erfolgt, die Tagesordnung wurde eingangs bestätigt.

Sodann begrüßte er besonders die anwesenden Delegierten aus den 6 Staaten, die seit dem 01.05.2004 zur EG gehören. Er bedauerte, dass aus Albanien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien und Moldavien keine Delegierten anreisen konnten.

Er teilte mit, dass Vilmos Vasvári (Ungarn) wegen eines Krankenhausaufenthalts nicht an dem Kongress teilnehmen könnte, der ungarische Verband jedoch vertreten ist (Dr. Th. Kiss).

4. Referate

a) Dr. Vanda Briediené (Litauen) trägt ihr Referat „Warum sollen Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft als Abgeordnete in das Europäische Parlament gewählt werden“ in russischer Sprache vor. Die Referentin hält dies im Interesse der freiheitlichen Entwicklung in Europa für uneingeschränkt erforderlich. Da das Referat auch schriftlich vorliegt, kann auf die detaillierte Wiedergabe hier verzichtet werden.

Der Sitzungsleiter dankt der Referentin für ihre Ausführungen, insbesondere auch für ihre Beweisführung, dass die Gefahr kommunistischer Bestrebungen in der EG keinesfalls gebannt sei. Das bestätige die Notwendigkeit, im Europäischen Parlament auf diese latente Gefahr hinzuweisen. Das sei auch besonders nach der Neuwahl des Europäischen Parlaments angezeigt.

Auch die Vertreter der 1989 gegründeten Allukrainischen „Memorial“ Gemeinschaft begrüßten die Erkenntnisse aus dem Referat und die Internationalen Bestrebungen. Die Aufarbeitung der die Menschenrechte negierenden Vergangenheit sei Ziel und Aufgabe von Memorial, dokumentiert in der Dauerausstellung „Keine Sache zum Vergessen, eine Chronik der Verbrechen des kommunistischen Regimes“ („Not a Thing to Forget. A Chronicle of the Communist Inquisition“), und die Gedenkstätte am Gräberfeld in Bykivna.

In der weiteren Diskussion stellt der Vertreter Estlands ausdrücklich den Antrag, die auf dem XI. Kongress (2003 in Papiernička) gefasste Resolution zum 17. Juni als Internationalem Tag des Widerstands gegen den Kommunismus erneut den Institutionen der EG und Vereinten Nationen vorzulegen.

(Pause 12.15 – 12.50)

Auch auf den weiteren Antrag des Delegierten aus der Slowakei bestätigte der Kongress einstimmig seinen Beschluss von 08.10.2003 und erklärt den

„17.Juni zum Internationalen Tag des Widerstands gegen den Kommunismus“ und bittet um Vorlage an die europäischen und internationalen Organisationen, insbesondere an das neue Europäische Parlament.

b) Ewgenj (Jewgen) Pronjuk trägt sodann sein Grundsatzreferat zu Fragen der Rehabilitierung und des Täter-Opfer Verhältnisses in ukrainischer Sprache vor. Er begann seinen Bericht chronologisch mit der 1991 aufgenommenen Überprüfung durch Sonderkommissionen, die häufig in sowjetischem Geiste erfolgten, schilderte die historische Aufarbeitung durch Stipendien an 50 Sachverständige mit der Erstellung einer 10bändigen Enzyklopädie über Widerstand und Verfolgung in der Ukraine, und beklagte an Beispielen, dass gleichwohl noch keine Rehabilitierungsgesetze (Lustrationsgesetze) erlassen und noch keine ausreichende Sozialfürsorge für die Repressierten geschaffen worden seien.

Zum Täter-Opfer-Verhältnis wies der Referent darauf hin, dass immer noch Richter und Staatsanwälte des kommunistischen Systems mit relativ hohen Pensionen unbehelligt im Lande leben. Das störe in erster Linie deren Opfer. Bei der heranwachsenden jüngeren Generation entstünden aber daraus keine sozialen Spannungen. Daher müsse angestrebt werden, die Verbrechen aus der kommunistischen Zeit gerichtlich zu verfolgen und zu ahnden. Die 62 Millionen Opfer in der Sowjetunion zwischen 1919 und 1987 dürften nicht ungesühnt bleiben. Daher wiederholt der Referent die schon von der InterAsso erhobene Forderung, den Kommunismus als Ideologie gesetzlich zu verbieten, wie dies in westlichen Demokratien für Nationalsozialismus und Faschismus geschehen ist.

Sitzungsleiter und besonders Iwan Stantschew (Bulgarien) danken dem Referenten für seine Analyse. Letzterer verweist auf ähnliche Erfahrungen in Bulgarien.
(*Mittagspause 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr*)

5. Berichte und Stellungnahmen der Mitgliedsverbände

Die Delegierten aus Bosnien und Hercegovina, Litauen, Slowakei, Tschechien, Ungarn und der Ukraine legten dem Kongress schriftliche Berichte oder Gedanken zum Kongress vor; die übrigen ergänzten ihre früher vorgelegten schriftlichen Berichte.

Ungarn

(Dr. Thomas Kiss) verweist ergänzend auf die den Mitgliederverbänden bereits früher dargestellten gesetzlichen Regelungen in Ungarn. Danach erhalten Rehabilitierte des Aufstands wie auch (seit 2000) andere politische Häftlinge (1945 bis 1989) eine nach Haftdauer gestaffelte zusätzliche Rente bis zu 400 EUR für jeden Haftmonat.

Tschechien

schildert in seinem Bericht die verschiedenen Phasen der kommunistischen Herrschaftsdurchsetzung. Die schwierigste Periode war die Zeit von 1948 bis 1960, in der mehr als 300000 Menschen durch Unrechtsurteile für lange Jahre inhaftiert, 70 000 von ihnen zur Zwangsarbeit im Uranbergbau eingesetzt und mehr als 250 zum Tode verurteilt wurden. Die meisten von ihnen wurden zwar 1960 und 1995 „amnestiert“, blieben aber bis 1989 mit ihren Familien rechtlose Menschen. Zwar konnte sich 1968 ein „Klub 231“ aus diesem Häftlingskreis gründen, er wurde aber nach dem Einmarsch der Russen sofort wieder verboten. 1977 entstand die Gruppe „Charta 77“, der Dissidenten wie auch ehemalige Funktionäre oder Mitglieder der früheren kommunistischen Partei angehörten. Deren Hoffnung, dem Regime ein „menschliches Gesicht“ abzurufen, misslang, da Verbesserungen im Kommunismus vom System her nicht möglich sind. Nach der Revolution 1989 habe die Charta 77 zusammen mit dem Bürgerforum durch eine widersprüchliche „unpolitische Politik“ bis zur Etablierung der demokratischen Parteien wichtige Reformen gebremst. Als negative Folge sei bis heute aus dieser Zeit geblieben, dass mit demokratischem Recht die Kontinuität des kommunistischen Unrechts geblieben, frühere kommunistische Verbrechen - selbst Verletzungen von Menschenrechten - nicht bestraft sowie die Privatisierung von Industrie und Landwirtschaft gestört werden und selbst die verbrecherische kommunistische Partei nach Namens- und Programmänderung noch heute im Parlament erlaubt ist. Über die beiden Haftfolgen betreffenden Gesetze wurde bereits auf dem X. Kongress berichtet.

Slowakei

Peter Belik berichtet von dem Gedenktag am 17.11.2003, an dem Vertreter aus Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Japan und der Tschechischen Republik teilnahmen. Die auf dem Gesetz von 1997 beruhenden Entschädigungen an die 4.000 bis 5.000 Berechtigten von durchschnittlich 3.000 bis 14.000 Kronen seien noch nicht alle ausgezahlt.

Litauen

Der schriftliche Bericht wird dahingehend ergänzt, dass ehemalige Häftlinge eine staatliche Pension von umgerechnet 40 EUR erhalten.

Lettland

Simeone Peteris berichtete, dass die lettische Gesetzgebung (1995) bei Verfolgten zwischen dem Status des „Repressierten“ und des „Widerstandskämpfers“ unterscheidet. Geregelt sei

- die Rückgabe (oder Entschädigung) von enteigneten Grundstücken,
- kostenlose Beratung,
- Entschädigungen zwischen 700 und 1.000 LVL, abhängig von der Haftdauer,
 - bei Zwangsarbeit je Jahr 280 LVL Pension.

(Ende 17.00 Uhr)

Danach offizieller Empfang im Rathaus von Kiev durch den Vorsitzenden des Stadtrates.
(Fortsetzung 21.05.2004, 10.00 Uhr)

Estland

Mart Niklus berichtete über das estnische Gesetz über die Gewährung von Pensionen an Verfolgte, es sei aber immer noch nicht alles geklärt worden. Von großer Bedeutung sei die Tätigkeit der „Strafrechtlichen Kommission zur Erforschung der Repressionspolitik der Besatzungsmächte“ (Estonian State Commission on Examination of the Policies of Repression, Tatari 56/58, EE-15162 Tallin, Tel/Fax (372)693-5324, Chairman Vello Salo Tel (372)605-5040, vsalo@saloo.ee). Von Gewalttaten gegen das estnische Volk seien in der Zeit der

- 1. sowjetischen Besatzung 1940-1941 ca. 42. 000
- deutschen Besatzung 1942-1944 37,
- 2. sowjetischen Besatzung 1945-1991 121.000

Personen betroffen worden, also 20% der estnischen Bevölkerung.

Ein dokumentarisches Weißbuch - herausgegeben von kath. Priester – soll noch in diesem Monat erfolgen, Übersetzung ins Englische noch nicht abgeschlossen.

Eine Anfrage seines Verbandes an den Justizminister nach der Durchführung eines Kongresses der InterAsso in Estland sei noch nicht beantwortet, offensichtlich bestehe daran kein Interesse. Mart Niklas verspricht, seinen Landesbericht schriftlich nachzureichen.

Deutschland

Günther Rudolph bezog sich auf den schriftlichen Bericht zum XI. Kongress. Probleme bestünden aber immer noch

- bei der Anerkennung gesundheitlicher Haftfolgeschäden (posttraumatische Störungen) oder politischer Haft, nachdem ein Gericht entschieden habe, zwischen 1945 und 1949 habe es keine politisch begründeten Inhaftierungen gegeben;
- dadurch, dass noch nicht alle Täter gefasst worden seien, wenn auch immer wieder welche entdeckt und abgeurteilt würden;
- durch die Tatsache, dass Altersbezüge von Tätern häufig höher seien als die der Opfer.

Er bestätigte, dass der XIII. Kongress 2005 in Deutschland stattfinden werde, und zwar im Juni 2005 in Weimar, wo sich in Buchenwald das Konzentrationslager der Nazis und das sowjetischen Speziallager 1945-1950 befand. Eine grundsätzliche Finanzierungszusage sei ihm erteilt worden.

Bulgarien

Ivan Stantschew verwies auf die beim letzten Kongress 2003 dargestellten Probleme in Bulgarien. Zu wünschen sei eine stärkere Unterstützung durch die InterAsso. Er regte eine Erklärung an die bulgarische Regierung an mit der Bitte um finanzielle Unterstützung der Opferverbände für deren Öffentlichkeitsarbeit und Kritik an deren Absicht, dem Verband im Juli 2004 die Räumlichkeiten zu entziehen.

Bosnien und Hercegovina

Zhelimir Cernogorac verwies auf seinen schriftlichen Bericht.

Im Anschluss daran stellte Jewgen Pronjuk seinen Stellvertreter Siri Vilianowitsch vor. Dieser richtete eine Grußbotschaft an den Kongress mit dem Aufruf „Vereinigt euch gegen den Kommunismus“.

(Pause 12.10 Uhr bis 12.40 Uhr)

6. Generaldiskussion

Eine solche fand nicht statt, da die allgemeinen Probleme bei den einzelnen Tagesordnungspunkten diskutiert wurden.

7. Mitgliedschaften und Neuaufnahmen

Es lagen keine förmlichen Anträge vor.

8. Satzungsänderungen

Ein vorliegender Antrag aus der Ukraine soll erneut eingebracht werden.

9. Diskussion und Verabschiedung von Resolutionen

a) Ein von der Ukraine schriftlich vorgelegter Entwurf mit folgenden Themen

- Organisatorische Vorbereitungen zur Mobilisierung der öffentlichen Weltmeinung zum Kommunismus,
- Forderung an Russische Föderation auf Entschädigungszahlungen an politische Zwangsarbeiter,
- Verurteilung des Kommunismus als verbrecherisches System,
- Vorbereitungen von Prozessen gegen das kommunistische System,
- Fortsetzung der Bemühungen der InterAsso in Europa,
- Beteiligung der InterAsso an Beratungen im Europäischen Parlament.

In der Diskussion wurde auf die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Staaten hingewiesen, angefangen von der wirtschaftlichen Situation bis hin zur sozialen Hilfe für die Opfer. Diese Resolution wurde ohne Änderungen einstimmig angenommen. Der genaue Text wird an die Mitgliederverbände übersandt.

b) Das Präsidium hatte in seiner Sitzung am Vormittag eine Resolution zu den Schwierigkeiten bei der Visumerteilung für den Präsidenten der InterAsso Jure Knezović und bei dessen Einreise in die Ukraine vorbereitet und legte diese vor. Sitzungsleiter Roland Bude schilderte hierzu nochmals detailliert diese Ereignisse.

Der Kongress nahm diese Resolution einstimmig an.

c) Der bulgarische Mitgliedsverband legte den Entwurf eines Appells an die bulgarische Regierung wegen des angekündigten Entzugs finanzieller Mittel und der Räumlichkeiten des Verbands vor.

Der Kongress nahm diese Resolution zustimmend zur Kenntnis.

(*Mittagspause 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr*)

11. Kranzniederlegungen

Die Kongresseilnehmer fuhren mit dem Bus gemeinsam zur Gedenkstätte am Gräberfeld in Bykivna, einem Ort nahe Kiev, gedachten der dort ruhenden toten Opfer des Kommunismus und legten einen Kranz nieder.

Dieses wiederholten sie an dem nationalen Ehrenmal Babij Jar in der Stadt Kiev. Mitglieder des ukrainischen Mitgliedsverbandes zeigten darüber hinaus den Kongressteilnehmern weitere nationale Gedenkstätten und Mahnmale in der Stadt Kiev.

(*Abendsessen 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr*).

Im Anschluss daran fand noch ein kurzes Beisammensein der Kongressteilnehmer statt. Vizepräsident Roland Bude und die Delegierten dankten der gastgebenden Allukrainischen Gesellschaft, insbesondere Jewgen Pronjuk und seinen Helfern, für die Ausrichtung des Kongresses und ihren persönlichen Einsatz.

Ende des Kongresses 21.30 Uhr.

gez. Roland Bude

gez. Günther Rudolph

Vizepräsident Roland Bude
(Sitzungsleiter)

Geschäftsführer Günther Rudolph
(Protokollführer)